

von allem nichts gewußt: „Diese Praxis des Amtes war mir nicht bekannt.“ Bekannt war ihm nur, daß Westdeutschlands Verfassungsschützer „nicht den ganzen Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen“ könnten.

In einem Vortrag vor dem Bundeskabinett beteuerte Minister Höcherl damals, seine Verfassungsschützer hätten die Alliierten niemals zur Telefonüberwachung bestimmter Personen aufgefordert. Wenig später erwies sich: Auch auf deutsche Anregung hin hatten die Alliierten Telephone angezapft.

Der SPD-Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Hermann Schmitt-Vockenhausen, kündigte deshalb jetzt an: „Ist er (Höcherl) selber falsch informiert worden, dann muß er diejenigen feststellen, die ihn schuldhaft falsch informiert haben, und dann müssen dort die Konsequenzen beginnen.“ Schmitt vermutet: „Ich glaube, daß Höcherl sich wochenlang von seinen Leuten hat an der Nase herumführen lassen.“ Es ist allerdings auch nicht ausgeschlossen, daß Höcherl ähnliches mit der deutschen Öffentlichkeit tat.

Personelle Konsequenzen hat auch der Berichterstatter des Untersuchungsausschusses, der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfram Dorn, in seinen „Schlußfolgerungen“, die der Ausschuß am Mittwoch dieser Woche abschließend zu beraten hat, ausdrücklich als „notwendig“ bezeichnet. Die möglicherweise betroffenen Amtspersonen:

- ▷ im Bundesinnenministerium: Staatssekretär Josef Hölzl, Ministerialdirektor Hans Schnepfel und Ministerialdirigent Rudolf Toyka;
- ▷ im Verfassungsschutzamt: der Präsident Hubert Schrübers und sein Stellvertreter Albert Radke.

Die Beamten im Innenministerium suchen sich auf dem gleichen Pfad zu rehabilitieren, den ihr Minister eingeschlagen hat: Sie schieben alle mögliche Schuld auf das Kölner Amt.

Zum Erstaunen höherer Beamter des Verfassungsschutzamtes erklärten Staatssekretär Hölzl und Ministerialdirigent Toyka vor dem Untersuchungsausschuß wiederholt, die umstrittene Abhör-Zusammenarbeit des Amtes mit den Alliierten sei ihnen völlig unbekannt gewesen, obwohl die Dienstaufsicht über das Verfassungsschutzamt zu ihren Obliegenheiten gehörte. Auch Schnepfel, dem die Abteilung „Öffentliche Sicherheit“ im Hause Höcherl unterstand, versicherte, von nichts gewußt zu haben.

Auch die anfängliche Absicht von CDU und CSU, bedingungslos auf der Seite des Kölner Amtes zu fechten, ist einer merklichen Zurückhaltung gewichen. Dazu hat ein Gutachten des Karlsruher Oberlandesgerichtspräsidenten a. D. Max Silberstein beigetragen, der auf Vorschlag Höcherls am 5. November 1963 von der Bundesregierung mit der Durchleuchtung des Bundesamtes für Verfassungsschutz beauftragt worden war.

Silberstein, der einst als Oberlandesgerichtspräsident in einem Revisionsverfahren einem Landgerichtsrat eine scharfe Rüge erteilte, weil der eine schriftliche Urteilsbegründung rund um das bekannteste Götz-Zitat in Knittelversen verfaßt hatte, charakterisierte jetzt den Verfassungsschutzpräsidenten Schrübers selbst in poetischer Prosa:

„Es ist unzweifelhaft, daß das Bundesamt in seinem jetzigen Präsi-

denten über eine voll integrierte Persönlichkeit mit ausgezeichneten Gaben des Geistes, der Allgemeinbildung und der Rechtsausbildung verfügt. Eine gewisse rheinische Beschwingtheit und Freudigkeit der Betrachtungsweise ist ihm besonders spürbar zu eigen.“

Und weiter: „Die Fähigkeit, Kenntnisse aus erhabener Sicht zu verwenden und sich selbst zu behaupten, fehlt dem Präsidenten sicher nicht. Auch nicht die erforderliche starke Hand, wohl aber die Eigenschaft, das Walten der starken Hand denen gegenüber im Amt fühlbar zu machen, die es ihrerseits brauchen.“

Bei der Beurteilung des Vizepräsidenten Albert Radke, der das Pensionsalter erreicht hat und noch in diesem Jahr in den Ruhestand treten wird, griff der pensionierte Oberlandesgerichtspräsident zu noch kräftigeren Farben. Radke habe seinen Präsidenten nur unvollkommen entlasten können.

Und über die bis Anfang dieses Jahres vom leitenden Regierungsdirektor Gerken geführte Abteilung IV vermerkte Silberstein: „Von einer Ultima ratio kann nur dann die Rede sein, wenn der mit der Handhabung der Maßnahmen Befasste überhaupt die Ratio kennt. Gerade daran hat es aber nach den von mir getroffenen Feststellungen ersichtlich gefehlt.“

eine Kontrolle, nicht leitende Aufsicht nötig ist.“

Bei möglichen personellen Konsequenzen (Schmitt-Vockenhausen: „Die können doch gar nicht mehr anders“) scheint sicher: Im eigenen Haus möchte Herrmann Höcherl gnädig verfahren; im Kölner Amt wird er schon wegen bereits erfolgter oder kurz bevorstehender Pensionierung mehrerer leitender Beamter sinnvollerweise kaum auf den Präsidenten Hubert Schrübers verzichten können.

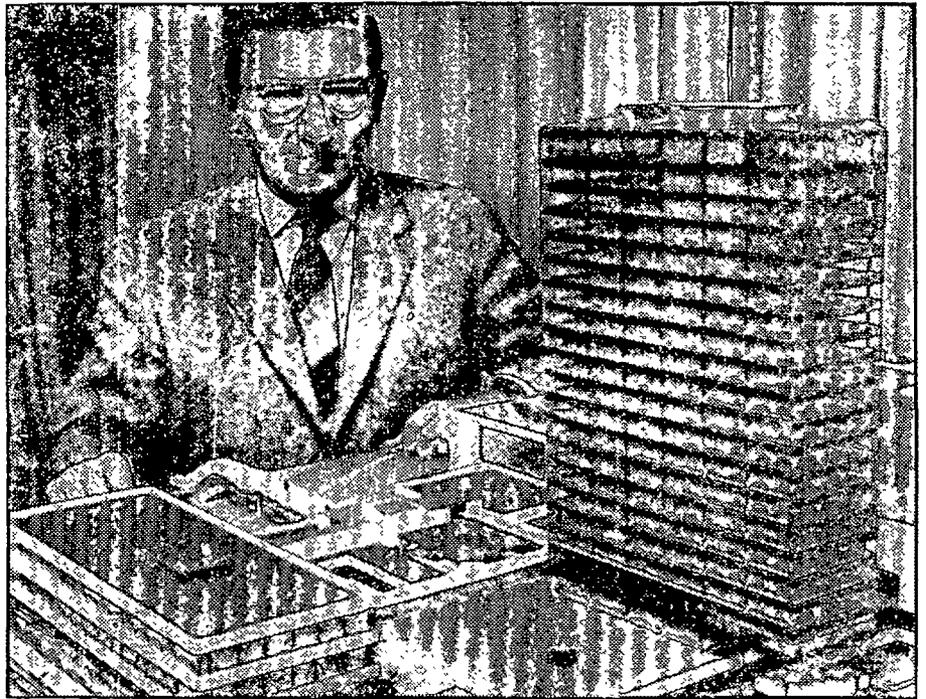
BERLIN

STEUERVORTEILE

Peppers Pfeffer

Auf einer Kabinettsitzung im November vergangenen Jahres fiel zum erstenmal das Schlagwort vom „Las Vegas an der Spree“. Bundeskanzler Erhard, über den diskutierten Katalog der Berlin-Präferenzen gebeugt, grollte: „Die Leute verdienen sich an Berlin kaputt.“

Willy Brandts Senat möchte die im Berlinhilfegesetz gebündelten Unterstützungsmaßnahmen ohne Änderung auf fünf Jahre verlängert wissen. Die Bundesregierung hingegen will Miß-



Bauherr Pepper, Europa-Center-Modell: Kapital vom Finanzamt

Dem mittlerweile ins Bundesverwaltungsamt versetzten ehemaligen SS-Hauptsturmführer Wenger, der lange Zeit als unentbehrlicher Abwehrspezialist galt, bescheinigte der ehemalige OLG-Präsident Silberstein, was inzwischen auch der Bundesregierung aufgegangen ist: daß ehemalige SS-Leute ein „Sicherheitsrisiko“ sein können.

Insgesamt jedoch zeichnet der Silberstein-Bericht keineswegs ein negatives Bild vom Kölner Amt. Er bestätigt für die Amtsführung eine These, die der John-Untersuchungs-Ausschuß des Bundestages schon 1957 aufstellte: „Für die Zukunft sollte stets eine Persönlichkeit ausgewählt werden, der gegenüber nur

bräuche verhindern und die bisherigen Steuererleichterungen einschränken.

Auf einer Referentensitzung stimmten am Dienstag vergangener Woche die Vertreter aller beteiligten Ministerien in Bonn dafür, auf jeden Fall die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Berlin-Investitionen zu verringern.

In Bonn war Mißtrauen aufgekommen, als dem Bundesfinanzministerium im Herbst 1962 ein Gutachten des Berliner Wirtschaftsprüfers Dr. Willibald Dorow in die Hände gefallen war.

Darin wurden westdeutschen Interessenten die vielfältigen Steuergewinne

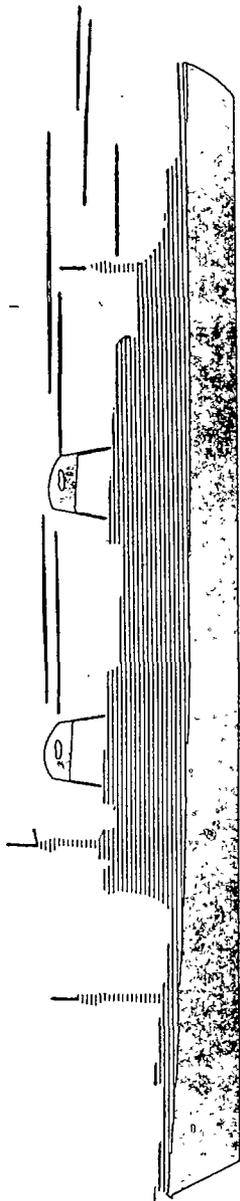
REISEN SIE NACH USA MIT DEM OZEANRIESEN »FRANCE« 66 000 BRT

Abfahrten jeden 2. Freitag — Ankunft mittwochs morgens — also nur ein verlängertes Wochenende auf hoher See

MAN SPRICHT AUCH DEUTSCH AN BORD
Auskünfte und Buchungen durch Ihr Reisebüro

Fordern Sie bitte unseren reichhaltigen Prospekt „FRANCE“ S an.

French Line COMPAGNIE GENERALE TRANSATLANTIQUE
Generalvertretung: Norddeutscher Lloyd, Passagierdienst
28 Bremen, Gustav-Deetjen-Allee 2-6,
Telefon: 0421/3 06 61



DAS LÄNGSTE PASSAGIERSCHIFF DER WELT

vorgerechnet, die ihnen aus einer Kapitalbeteiligung am Aufbau des Europa-Centers in Berlin erwachsen würden. Initiator des Plans, gegenüber der Berliner Gedächtniskirche einen Gebäudekomplex im Werte von 71 Millionen Mark zu errichten, war der erfolgreiche Radio-Großhändler Karl Heinz Pepper (SPIEGEL 39/1963).

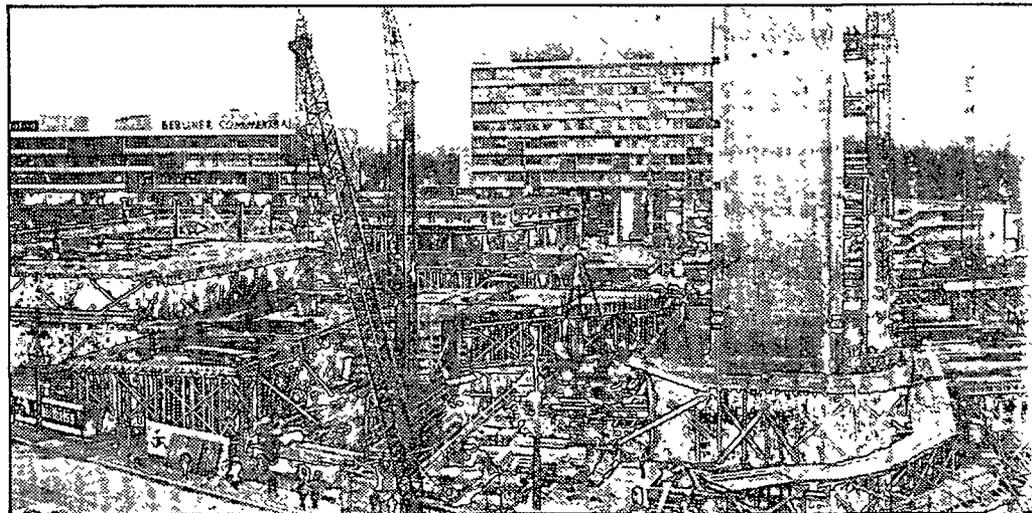
Pepper („Man muß sein Herz in die Hand nehmen“) hat es auf dem Bausektor Westberlins bereits zu ansehnlichem Besitz gebracht. Er errichtete ein Shopping-Center in der Siemensstadt, beteiligte sich am Bau eines Wohnhochhauses, zog am Ernst-Reuter-Platz ein vielstöckiges Geschäftshaus hoch und besitzt eine Reihe wertvoller Villengrundstücke sowie ein Eigenheim in St. Tropez.

Bei seinem Projekt für das Europa-Center, im Kudamm-Jargon „Peppers Manhattan“ getauft, hatte sich der Bauherr mit Assistenz Dorows aus dem Kuchen der Berlin-Hilfe die besten Rosinen herausgepickt. Er war entschlos-

Diesen Betrag konnte der Kapitalgeber in seiner Steuererklärung vom steuerpflichtigen Einkommen absetzen.

Solchen Abschreibungssätzen, wie sie selbst nach den großzügigen Wohnungsbauparagraphen der Vergangenheit 7 b und 7 c unerreichbar waren, spüren besonders Großverdiener nach. Ein Verheirateter etwa muß für alle Einnahmen von mehr als 220 000 Mark jährlich samt Kirchensteuer rund 56 Prozent Steuern zahlen. Ein Großverdiener sparte demnach laut Pepper-Prospekt 56 Prozent jener 370 000 Mark Baukosten, um die er sein steuerpflichtiges Einkommen kürzen konnte — in bar 207 000 Mark.

Hieß es in Peppers Steuerfibel: „Durch diese Steuerersparnis bekommt (der westdeutsche Geldgeber) einerseits die Kapitaleinlage voll vergütet und behält andererseits einen Geldbetrag von etwa 87 000 Mark übrig.“ Selbst nach Abzug eines Aufschlags von 17,5 Prozent, den Pepper von seinen Kapitalpartnern for-



Baustelle Europa-Center in Berlin: Feinfroststimmung ...

sen, das großzügige Mammutprojekt von Wohn-, Büro- und Vergnügungsstätten am Kopfende des Kurfürstendamms mit nur geringem Eigenkapital zu realisieren.

23 Millionen Mark erhielt er aus dem zinsgünstigen ERP-Programm der Bundesregierung. 33 Millionen kamen vom Hypothekenmarkt. Die restlichen 15 Millionen Mark machte Pepper bei privaten Kapitalgebern in Westdeutschland locker, denen er in einem Prospekt darlegte, daß sie ihren Anteil schon binnen eines Jahres beim heimatischen Finanzamt durch Sonderabschreibungen gut wieder hereinholen können.

Pepper zielte damit auf Möglichkeiten, die Paragraph 16 des Bonner Berlinhilfegesetzes einräumt. Danach können 75 Prozent jeder in Berliner Anlagevermögen investierten Kapitalsumme bereits im ersten Jahr vom steuerpflichtigen Gewinn abgesetzt werden.

Karl Heinz Pepper bewies westdeutschen Interessenten, daß manche sich sogar praktisch ohne Eigenmittel an seiner „Europahaus Grundstücksgesellschaft mbH & Co KG“ beteiligen konnten. Das Kapital lieferte quasi das Finanzamt.

Wer nämlich beispielsweise 120 000 Mark in die Firma einbrachte, erwarb damit Anspruch auf eine steuerliche Abschreibung von 370 000 Mark Baukosten.

derte, blieb „dem Gesellschafter neben seiner wertvollen Eigenbeteiligung an dem Unternehmen immer noch ein Barbetrag von cirka 66 000 Mark“.

Zweifler, die sich für die Jahre nach der Ausnutzung der Sonderabschreibung höhere Einkommensteuern ausrechneten, trösteten Pepper und Dorow mit einem überzeugenden Argument: Diese Mehrbesteuerung ist in jedem Fall so begrenzt, daß sie schon aus den Zinsen des Bargeschens von 66 000 Mark bestritten werden kann.

Schließlich winkte Peppers Partnern wie allen Berlin-Investoren noch ein Sonderbonus für sogenannte betriebliche Investitionsgüter. Wer zum Beispiel Maschinen und Einrichtungen in Berliner Betrieben finanziert, erhält eine Barprämie in Höhe von zehn Prozent der Anschaffungspreise.

Angesichts dieser Goldgräber-Kalkulation fiel es Pepper leicht, den Investoren eine etwaige Furcht vor den Russen auszutreiben. „Außerdem sei noch erwähnt“, lockte er in seinem Prospekt, „daß eine solche Investition in dem politisch heißen Klima Westberlins selbst bei Eintritt irgendwelcher Katastrophen ... keine Verluste bringt, da der sofort zufallende Barvorteil davon nicht betroffen werden kann.“

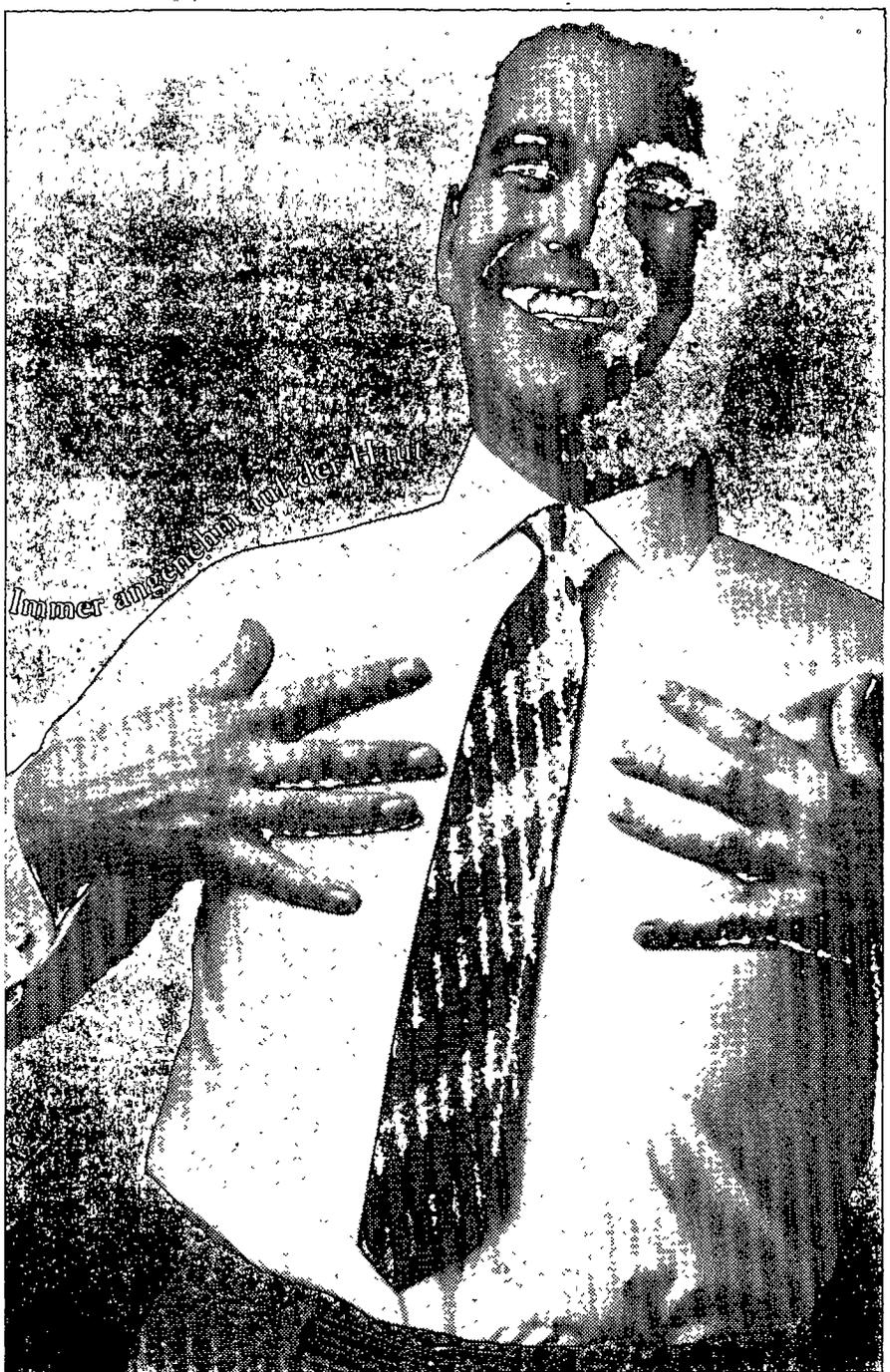
Die Prüfung im Bundesfinanzministerium ergab, daß er für sein Großprojekt

nur die legalen Chancen der Berlinhilfe ausgenutzt hat. Aber obwohl der Berliner Senat Peppers gepfefferte Kalkulation nachträglich mit einer Steuerkalkulation für einen Zeitraum von 25 Jahren abzumildern versuchte, hielt sich in Bonn der Eindruck, daß die Gewinnchancen der Berliner Steuer-Klassenlotterie auf Kosten der Allgemeinheit zu hoch seien.

Nach den Vorstellungen der Christdemokraten in Bonn und Berlin sollen deshalb der Abschreibungssatz von 75 Prozent auf 50 Prozent ermäßigt und künftig von den Bauherren größere Eigenmittel als im Fall Pepper verlangt werden. Möglicherweise fällt auch die seit langem attackierte Umsatzsteuerpräferenz für die Berliner Trinkbranntwein-Industrie.

Ludwig Erhard und seinen Mitstreitern aber geht es nur um die „großen Auswüchse“. Die allgemeinen Präferenzen und Zuwendungen für Berliner, darunter

Immer angenehm am der Haut



... der Stoff ist feinste Baumwolle, kochfest, bügelfrei.

Wollen Sie sich wohlfühlen in Ihrem Hemd?

Elegante Hemden aus ›cottonova‹ sind Hemden aus natürlichem Stoff. Aus feinsten Baumwolle.

Und trotzdem bügelfrei. Das ist die ideale Kombination: Hemden, in denen Ihre Haut atmen kann —

und die gleichzeitig leicht zu pflegen sind.

Verlangen Sie Hemden aus ›cottonova‹ — nur echt mit dem silbrigen Kennfaden in der Knopfleiste.



cottonova

Aus ›cottonova‹ gibt es elegante Hemden, Blusen, Freizeit hemden, Schlafanzüge und modische Berufskleidung.



... zwischen Bund und Senat

▷ 30 Prozent niedrigere Lohn- und Einkommensteuersätze als in Westdeutschland, sollen unverändert bleiben.

Ebenso werden westdeutsche Steuerpflichtige weiterhin für Darlehen an die Berliner Industriebank AG zehn Prozent und für Wohnungsbaudarlehen in Berlin 20 Prozent der Summen vom Finanzamt vergütet erhalten.

Dennoch sehen die Sozial- und Freidemokraten an der Spree die Diskussion um die Berlinhilfe im Zusammenhang mit der aufgekommenen Feinfroststimmung zwischen dem Senat und Bonn.

Schon als die Bundesregierung den Bundeszuschuß zum Berliner Haushalt 1964 um 135 Millionen Mark kürzte, erblickten die Berliner Koalitionspartner darin einen Versuch Erhards, den Regierenden Bürgermeister (Brandt: „Ich bin kein Präfekt, kein Untergebener des Bundeskanzlers“) die finanzielle Abhängigkeit Berlins von Bonn spüren zu lassen. Nicht zuletzt wegen Etatschwierigkeiten mußten bereits die Fahrpreise der Berliner Verkehrs-Gesellschaft heraufgesetzt werden.

Sinniert Berlins FDP-Fraktionsvorsitzender Hermann Oxfort: „Ich hoffe, es handelt sich bei den Bonner Vorschlägen nicht um wahlpolitische Entscheidungen der CDU.“